

Antwort zur Anfrage

Nr. AF/0115/2014

Beratung im **Stadtrat** am **02.10.2014**, TOP 47 öffentliche Sitzung

**Betreff: Antwort zur Anfrage der Ratsfraktion Die Linke
TTIP und Kommunen**

Die Fraktion Die Linke bittet die Verwaltung zu prüfen

1. welche zu erwartenden Folgen das derzeit von der EU-Kommission sowie das Abkommen mit Kanada (CETA) für die Stadt Koblenz hat, z.B. für die öffentliche Auftragsvergabe, für die Tarife und Arbeitsbedingungen der Stadt Koblenz, der städtischen Gesellschaften und Eigenbetriebe, Energiepolitik und Umweltschutz?

Die Fraktion Die Linke bittet die Verwaltung zu prüfen

2. wie weit durch die geforderte Liberalisierung des Dienstleistungshandels die Daseinsvorsorge z.B. die Gesundheit, Lebensmittelsicherheit, Abwasser- und Müllentsorgung, Wasserversorgung, Bildung, Erwachsenenbildung und Kulturförderung die Koblenzer Bevölkerung betroffen sein wird?

Antwort:

Die Europäische Union und die USA haben beschlossen, Verhandlungen über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) aufzunehmen, mit dem Ziel die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen zu vertiefen.

Mittlerweile liegt dazu ein gemeinsam erarbeitetes Positionspapier des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Verbandes der kommunalen Arbeitgeber vor.

Darin werden unter anderem

die Sicherung kommunale Organisationsfreiheit bei der Daseinsvorsorge,
das öffentliche Beschaffungswesen und das Wettbewerbsrecht,
der Investorenschutz verbunden mit der Zuständigkeit der nationalen Gerichtsbarkeit,
der Umwelt- und Verbraucherschutz

aus der Sicht der Kommunen bewertet.

Das Positionspapier ist als Anlage zu dieser Antwort im Ratsinformationssystem eingestellt.